

Antrag Nr. 14

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 178. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 13. Juni 2025

EU-Budgetpolitik: Investitionen ermöglichen, Fiskalregeln ändern!

Im April 2024 trat die Reform der EU-Fiskalregeln in Kraft. Sie brachte zwar einige Verbesserungen wie eine stärkere mittel- und langfristige Orientierung, aber das grundsätzliche Problem bleibt unverändert: die Priorisierung des Staatsschuldenabbaus vor allen anderen (wirtschafts-)politischen Zielen wie bessere soziale Absicherung, Aufbau öffentlichen Vermögens, der Stützung von Wirtschaft und Beschäftigung in schlechten Zeiten, Klimaschutz etc. Der anhaltende innereuropäische Steuerwettbewerb erschwert es zudem, die Steuern in nur einem Land zu erhöhen, wodurch der fiskalische Spielraum auf der Einnahmenseite für den Staat eingeschränkt wird. Zudem führen offene Steuerschlupflöcher zu verminderten Staatseinnahmen und begünstigen die Verlagerung von Unternehmen in Steuersümpfen, was weitere Einbußen auf der Einnahmenseite nach sich zieht. Die Fiskalregeln zielen darauf ab, das Staatsdefizit niedrig zu halten, in Kombination mit den genannten Faktoren (dem innereuropäischen Steuerwettbewerb und offener Steuerschlupflöcher), die die einnahmeseitigen Optionen erschweren, erzeugen die EU-Fiskalregeln einen kontinuierlichen Druck auf die Staatsausgaben – insbesondere auf die Bereiche Soziales, Gesundheit und Bildung sowie die besonders wichtigen öffentlichen Investitionen.

Diese Konstellation wurde von der europäischen Arbeitnehmer:innenbewegung stets kritisiert, allerdings scheiterte eine weitreichendere Reform der Regeln zuletzt an den politischen Mehrheitsverhältnissen. Mit der geopolitischen Zeitenwende geraten diese jedoch ins Wanken: Nun ist es weitgehend Konsens, dass in der aktuellen Situation die absolute Priorisierung des Staatsschuldenabbaus ein Fehler ist, den es zu ändern gilt.

Diese Verschiebung birgt Chance und Gefahr: die Gefahr ist, dass – wie von der Kommission bereits vorgeschlagen – nur Rüstungsausgabensteigerungen für vier Jahre eine höhere Priorität bekommen. Dadurch würde der Druck auf öffentliche Investitionen und Sozialausgaben spätestens nach fünf Jahren nochmals steigen. Die Chance ist, die Priorisierung des Staatsschuldenabbaus ganz zu beseitigen oder zumindest ebenso zeitlich befristet auf andere Bereiche auszudehnen, in denen die Herausforderungen offensichtlich und Investitionen besonders notwendig sind – wie die Bekämpfung von Rezession und Arbeitslosigkeit oder der Beschleunigung des sozialen und ökologischen Umbaus der Wirtschaft. Gleichzeitig darf eine De-Priorisierung aber auch nicht zur Aufgabe des Ziels stabiler Staatsfinanzen führen, denn steigende Schulden führen zu steigenden Zinsen, die langfristig weniger Spielraum für andere Ausgaben lassen und mit einer Umverteilung zu den Vermögenden, die die Staatsanleihen halten, einher geht.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher die Gesetzgeber auf Europäischer, Bundes- und Länderebene auf, folgende Forderungen/Punkte umzusetzen:

- Eine Reform aller Fiskalregeln auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, die eine ausgewogene Wirtschaftspolitik ermöglicht, die die Stabilität der Staatsfinanzen ebenso gewährleistet wie sozialen Zusammenhalt, einen Abbau der Arbeitslosigkeit und ökologischen Fortschritt.



- Eine allgemeine und dauerhafte Ausnahme für öffentliche Investitionen in den europäischen Fiskalregeln (im Sinne der goldenen Investitionsregel).
- Angesichts der jüngsten geopolitischen Umwälzungen ist eine flexiblere Handhabung der Fiskalregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) auf EU-Ebene schon angekündigt. Eine solche sollte auch für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (Daseinsvorsorge) umfassend genutzt werden können, um öffentlichen Investitionen Vorrang einzuräumen und einen Zielkonflikt mit Verteidigungsausgaben zu vermeiden. Mit allfälligen Regelverletzungen soll innerhalb der entsprechenden Verfahren pragmatisch umgegangen werden.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich